LANDESHAUPTSTADT

WIESBADEN

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 18. März 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-22-0040

Antrag zum Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan der Dienststelle Stadtverwaltung für die Jahre 2020 bis 2022
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 17.03.2025 -

Der vorliegende Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan gibt Aufschluss über die Fortschritte und Herausforderungen der Frauenförderung in der Stadtverwaltung für die Jahre 2020 bis 2022. Angesichts der weiterhin bestehenden Unterrepräsentanz von Frauen in bestimmten Besoldungs- und Entgeltgruppen sowie in Führungspositionen ist es notwendig, weitere Maßnahmen zur Gleichstellung zu prüfen und gezielt umzusetzen.
Darüber hinaus ergeben sich aus dem Bericht folgende Fragen.
Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie viele Fälle von Belästigung in den Jahren 2020 bis 2024 gemeldet wurden.
2. wie viele Betroffene der Stadtverwaltung in den Jahren 2020 bis 2024 Fälle von Belästigung, Diskriminierung oder Mobbing offiziell zur Anzeige gebracht haben. Wie hoch wird nach Einschätzung der Stadt die Dunkelziffer geschätzt?
3. welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Sensibilisierung und Prävention weiter zu stärken und Diskriminierung am Arbeitsplatz nachhaltig zu verhindern.
4. ob und inwiefern die angebotenen Konfliktberatungen zu einer Verbesserung des Arbeitsklimas beitragen.
5. ob und welche Maßnahmen konkret existieren, um strukturelle Hindernisse (z.B. Teilzeitstellen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf) abzubauen, die Frauen an einem Aufstieg hindern könnten.
6. welche neuen Maßnahmen geplant sind, um die Gleichstellung weiter voranzutreiben.
7. ob der Landeshauptstadt Wiesbaden das Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“ bekannt ist. Der Deutsche Städtetag hat Städte und Gemeinden dazu aufgerufen, dem Bündnis beizutreten. Der Magistrat wird daher gebeten zu prüfen, ob ein Beitritt für die Landeshauptstadt Wiesbaden sinnvoll ist und welche Kosten mit dem Beitritt verbunden sind.

Beschluss Nr. 0015

Der Antrag wird in folgender Fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

ob der Landeshauptstadt Wiesbaden das Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“ bekannt ist. Der Deutsche Städtetag hat Städte und Gemeinden dazu aufgerufen, dem Bündnis beizutreten. Der Magistrat wird daher gebeten zu prüfen, ob ein Beitritt für die Landeshauptstadt Wiesbaden sinnvoll ist und welche Kosten mit dem Beitritt verbunden sind.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 02.04.2025

Mechthilde Coigné
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .04.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2025

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister